



NEUESTE NACHRICHTEN

Dienstag, 16. November 2021

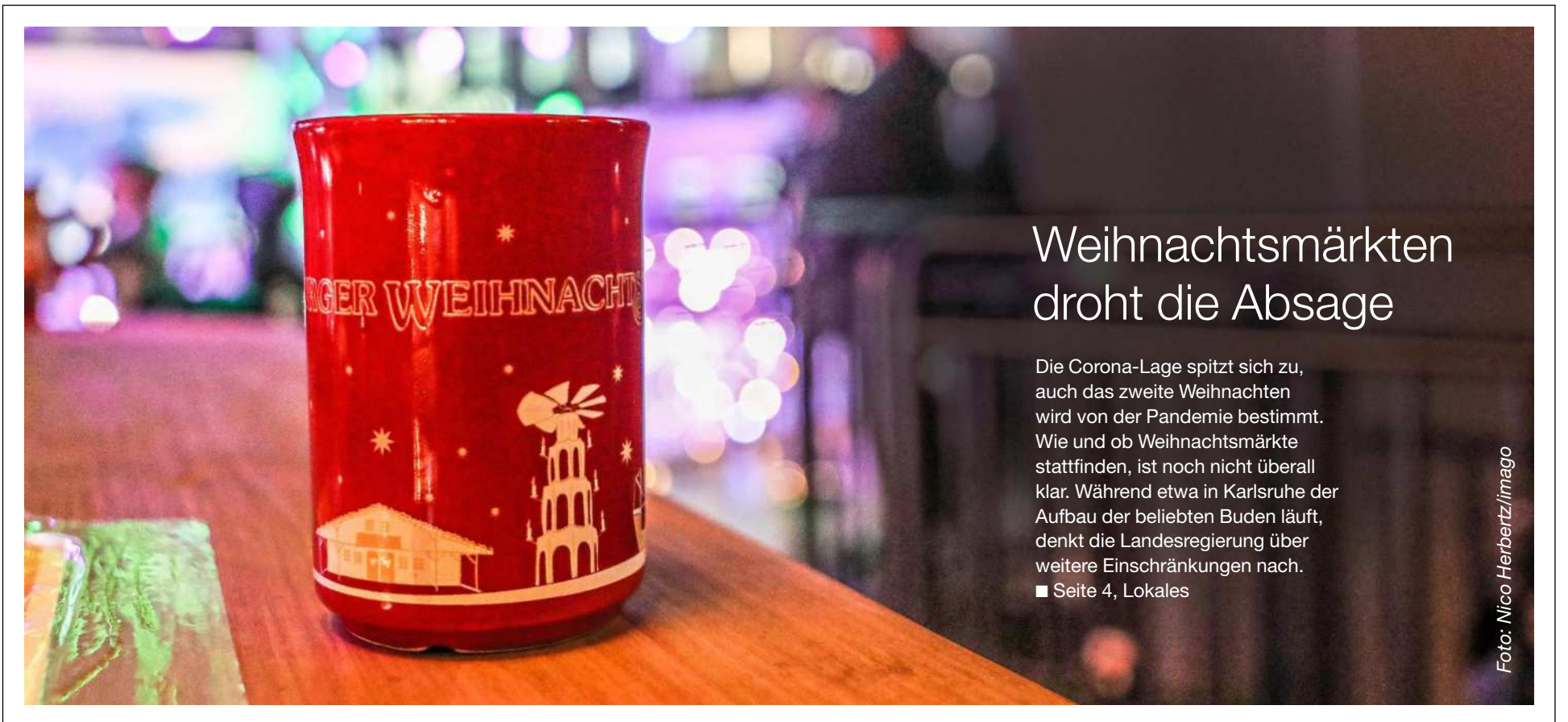
Badische Presse

76. Jahrgang • Nr. 265 • Ausgabe Karlsruhe

Ermittlungen am Klinikum

Karlsruhe (juwel). Ein Todesfall unter bislang ungeklärten Umständen hat einen Sturm der Entrüstung über das Städtische Klinikum Karlsruhe gebracht. In den Chat-Kanälen von Querdenkern war am Wochenende ein Video aufgetaucht, das angeblich einen Patienten zeigen soll, der mangels Corona-Impfung vier Tage lang nicht behandelt oder versorgt wurde. Er soll am Freitag an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben sein. Bekannte Querdenker sprechen von Totschlag und Mord und kritisieren, dass in der Medizin zwischen Geimpften und Ungeimpften unterschieden werde.

Das Städtische Klinikum hat die Vorwürfe als unwahr zurückgewiesen und betont, der Impfstatus spiele bei der Behandlungspflicht keine Rolle. Wenn ein Patient eine angebotene Behandlung ablehne, dürfe man nicht gegen dessen Willen handeln – auch nicht bei Lebensgefahr. Das Klinikum hat Strafanzeige wegen der geäußerten Vorwürfe erstattet. Die Kriminalpolizei ermittelt, die Staatsanwaltschaft will eine Obduktion beantragen. ■ Zeitgeschehen



Weihnachtsmärkten droht die Absage

Die Corona-Lage spitzt sich zu, auch das zweite Weihnachten wird von der Pandemie bestimmt. Wie und ob Weihnachtsmärkte stattfinden, ist noch nicht überall klar. Während etwa in Karlsruhe der Aufbau der beliebten Buden läuft, denkt die Landesregierung über weitere Einschränkungen nach. ■ Seite 4, Lokales

Foto: Nico Herberitz/Imago

Ab Mittwoch gilt im Land wohl 2G Alarmstufe ist überschritten / Ampel-Pläne für 3G in Zügen und Homeoffice-Pflicht

Stuttgart/Karlsruhe (dpa/BNN). Ungeimpfte Menschen in Baden-Württemberg werden vermutlich ab Mittwoch von der Teilnahme am öffentlichen Leben im Südwesten weitgehend ausgeschlossen. Man gehe davon aus, dass die Zahl der Covid-19-Patienten auf Intensivstationen auch am Dienstag den kritischen Wert von 390 überschreite, teilte eine Sprecherin des Gesundheitsministeriums am Montag in Stuttgart mit. Am Montagabend lag der Wert bei 406. Es sei auch unwahrscheinlich, dass die Zahl jetzt nochmal sinke, da die oftmals jüngeren Patienten auf den Intensiv-

stationen nun deutlich länger dort behandelt werden müssten.

Mit einem zweifachen Überschreiten der Marke würde die sogenannte Corona-Alarmstufe ausgerufen – und ab Mittwoch würden damit deutlich schärfere Regeln gelten. Die Corona-Verordnung sieht in diesem Fall landesweit die 2G-Regel etwa in Restaurants, Museen, bei Ausstellungen sowie bei den meisten anderen öffentlichen Veranstaltungen vor. Wer ungeimpft ist und nur einen Test vorweisen kann, bleibt dann auch im Kino, im Schwimmbad oder im Fitnessstudio, in Volkshochschulkursen und

Musikschulen außen vor. Schulkinder müssen in der Klasse wieder Maske tragen. Auch im Einzelhandel gilt in der Alarmstufe 3G ohne PCR-Test-Pflicht. Ausgenommen sind zudem Geschäfte der Grundversorgung wie Supermärkte sowie Märkte im Freien und Abhol- und Lieferangebote. Die schärferen Regeln gelten nicht für Menschen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können. Auch Kinder und Jugendliche bis 17 Jahre sind ausgenommen.

SPD, Grüne und FDP wollen indes ihren Plan für die weiteren Corona-Maßnahmen noch einmal nachbessern. So

sollen die Bundesländer auch künftig Kontakte beschränken und Freizeitveranstaltungen untersagen können. Geplant ist auch 3G im öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Nur noch Menschen mit Impf-, Genesenen- oder Testnachweis dürften dann mitfahren. Außerdem soll die Homeoffice-Pflicht wieder eingeführt werden.

Entscheidungen sollen an diesem Donnerstag fallen. Dann wollen SPD, Grüne und FDP das veränderte Infektionsschutzgesetz im Bundestag beschließen. Bund und Länder wollen zudem ihren Kurs festlegen. ■ Kommentar, Seite 4

HEUTE AKTUELL

Verbrecher denken um

Einmal Alltag, heutzutage ein Verbrechen mit Seltenheitswert: der Banküberfall. Die Verbrecher sind weniger gewalttätig geworden, aber klüger und somit vor allem ins Internet abgewandert. Wirtschaft

Extreme Mission

Viele Bergsteigerinnen und Bergsteiger haben den Traum, einmal auf dem höchsten Berg der Welt zu stehen. Aber Jost Kobusch will mehr – er will es sich dabei besonders schwer machen. Blick in die Welt

Palmer soll Grüne verlassen

Der Landesvorstand der Grünen macht ernst: Seit mehr als sechs Monaten wartet Boris Palmer auf einen offiziellen Antrag seiner Partei auf Ausschluss. Nun wurde er ihm zugestimmt. Südwestecho

Fantasievoller Zauber

Das diesjährige Familienstück am Badischen Staatstheater bedient sich aus dem Fundus von „1001 Nacht“ und führte das Premierenpublikum in eine Welt von Magie, Märchen und Geheimnisse. Kultur

Hier entsteht ein Artikel

Die BNN wollen ihre Leserinnen und Leser in der gedruckten Ausgabe möglichst aktuell informieren. Die Redaktion ist bis Mitternacht besetzt, um im Lauf des Abends eingehende Berichte zu bearbeiten und

IM LOKALTEIL

Luftfilter für Schulen

Lange mussten die Karlsruher Schüler warten, jetzt halten die ersten Luftfilter in den Klassenzimmern Einzug. Mit ihnen soll die Infektionsgefahr gesenkt werden.

Busse bleiben stehen

Der von Verdi angekündigte Streik bei den Omnibussen hat am Montag auch etliche Fahrgäste in der Region getroffen. Viele Busse fielen aus.

WETTER: wolkenreicher Tag



Tag 1°/9°
Nacht 6°/2°

Wetterkarte und den ausführlichen Bericht finden Sie auf Seite 30.

Brücken mit Sanierungsbedarf

Stuttgart/Karlsruhe (tw). 109 Eisenbahnbrücken in Baden-Württemberg von 3.104 sind dringend sanierungsbedürftig. Acht davon haben verkehrlich eine hohe Bedeutung. Fünf befinden sich am Oberrhein, alleine vier zwischen Karlsruhe und Rastatt. In einem Schreiben an den Grünen-Bundestagsabgeordneten Matthias Gastel (Nürtingen) betont Enak Ferlemann, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, dass die Brücken verkehrssicher seien. Gastel fordert, dass die Sanierung der Brücken auf der belasteten Achse Rheintalbahn „höchste Priorität“ haben müsse. ■ Südwestecho

EU beschließt neue Sanktionen

Brüssel (dpa). Die Außenminister der EU-Staaten haben ein neues Sanktionsinstrument gegen Beteiligte an der Schleusung von Migranten nach Belarus beschlossen. Die Europäische Union werde nun Personen und Einrichtungen ins Visier nehmen können, die einen Beitrag dazu leisteten, dass das belarussische Regime Menschen für politische Zwecke instrumentalisieren könne, teilte der Rat der Mitgliedstaaten mit. Das neue Sanktionsinstrument soll unter anderem gegen Fluggesellschaften eingesetzt werden können, die Migranten zur Weiterschleusung in die EU nach Belarus fliegen. ■ Kommentar, Seite 5

Deutlich mehr Steuereinnahmen

Stuttgart (dpa). Die Landesregierung aus Grünen und CDU in Baden-Württemberg darf sich über einen warmen Geldregen freuen. Das Land kann bis 2025 mit Steuermehreinnahmen in Höhe von rund 12,6 Milliarden Euro rechnen. Bei den Kommunen dürfte ein Plus von 6,6 Milliarden Euro stehen. Das ergibt sich aus der Steuerschätzung des Bundes, die das Finanzministerium in Stuttgart nun für das Land heruntergerechnet hat. Die erwarteten Mehreinnahmen wecken Begehrlichkeiten, doch Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) nannte am Montag auch einige Risiken. ■ Südwestecho

Hier entsteht ein Artikel

Hier entsteht ein Artikel.

Land lockt Senioren in Busse

Wer den Führerschein für ein Jahr abgibt, erhält ein Nahverkehrsticket

Stuttgart (dpa). Autofahrer ab 65 können in vielen Regionen des Landes ihren Führerschein bald für ein Jahr gegen ein kostenloses Jahresticket des öffentlichen Personennahverkehrs eintauschen. Das Ministerium für Verkehr habe mit vielen Verkehrsverbänden des Landes, darunter auch dem Karlsruher Verkehrsverbund (KVV), einen entsprechenden Kooperationsvertrag geschlossen, kündigte Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) am Montag an.

Damit sollen ältere Menschen in Busse und Bahnen gelockt und der Verkehr sicherer gemacht werden. Über ein Drittel der bei Unfällen tödlich verunglückten Verkehrsteilnehmer seien 65 Jahre und älter, sagte Hermann. Sie trügen als Fahrer zudem in mehr als zwei von drei Fällen der Unfälle die Hauptschuld. Das Angebot soll ab Dezember in 14 der 21 Verkehrsverbände gelten. Bedingung für den Tausch sei der Erstwohnsitz im Gebiet des Verkehrsverbands. ■ Südwestecho



Für die Regierung ein Unfallrisiko: Verkehrsminister Hermann will ältere Menschen dazu bringen, sich in den Bus statt hinter Steuer zu setzen. Symbolfoto: Imago

Schier endlose Rot-Phase

Kaiserslautern (dpa). Rot-Phasen an der Ampel können wie eine Ewigkeit erscheinen – auch wenn sie meist gar nicht so lang sind. Autofahrer in Kaiserslautern sind jedoch vor eine wahre Geduldprobe gestellt worden. Am Sonntag mussten sie eine Viertelstunde lang warten, bis die Ampeln an einer Kreuzung endlich wieder Grün anzeigten. Die Polizei musste den Verkehr vor Ort regeln. Es sei zu kurzen Staus gekommen.

Was die Dauer-Rot-Phase ausgelöst hat, ist laut Angaben der Polizei immer noch unklar.



4 195317 402404

2 1046

Die Corona-Pandemie: Klinikum im Fokus und die Rolle der Ungeimpften

Von unserem Redaktionsmitglied
Julia Weller

Karlsruhe. Ein Mann liegt auf einer Matratze auf dem Boden, der Oberkörper frei, ein Bein unter der Decke verborgen. Er stöhnt, blickt nach links und rechts. Gerade einmal sieben Sekunden ist das Video lang, das seit dem Wochenende im Internet kursiert. Sieben Sekunden, die dem Städtischen Klinikum Karlsruhe bereits einen Sturm der Entrüstung eingebracht haben – obwohl den genauen Hintergrund der Aufnahmen zu diesem Zeitpunkt nur die wenigsten kannten.

„So wurde ein Patient in Karlsruhe behandelt“, steht bei manchen Beiträgen bei Telegram, einem Messenger-Dienst ähnlich wie WhatsApp. Weil er nicht geimpft war, soll er keine Versorgung bekommen haben: „Keine Medikamente. Keine Infusion. Kein Essen, kein Trinken seit Dienstag. Er ist soeben verreckt wie ein Tier.“ Das Karlsruher Klinikum weist das von sich, die Behauptungen seien „unwahr“ und „aus dem Zusammen-

”

Es wurden gegen jegliche
Faktenlage unwahre
Tatsachen behauptet.

Offizielle Stellungnahme
Städtisches Klinikum Karlsruhe

hang gerissen“. Was dagegen sicher ist: Tatsächlich ermittelt die Karlsruher Kriminalpolizei wegen eines Todesfalls. Und zu den genauen Vorfällen gibt es noch viele offene Fragen.

Was anfangs nur in Telegram-Kanälen von Querdenkern kursierte, ist mittlerweile längst auch auf Twitter und in anderen öffentlichen Netzwerken Gesprächsstoff. In Sprachnachrichten erläutern bekannte Personen aus der Querdenker-Szene, was passiert sein soll: Der etwa 60-Jährige aus dem Karlsruher Raum soll nachts gestürzt sein und sich einen Oberschenkelhalsbruch zugezogen haben. Mehrere Stunden habe er unterkühlt auf dem Boden gelegen, bis morgens Hilfe gekommen sei – dabei soll er sich zusätzlich eine Lungenentzündung eingefangen haben.

Nach seiner Einlieferung ins Städtische Klinikum am vergangenen Dienstag soll ihm mit Hinweis auf seinen fehlenden Impfschutz gegen das Coronavirus jegliche Behandlung verweigert worden sein. Der Mann habe mehrere Tage ohne Versorgung in einem Zimmer der Covid-Station gelegen. Er habe um Essen und Schmerzmittel gebettelt, aber lediglich einen einzigen Joghurt bekommen.

Ermittlungen am Karlsruher Klinikum

Mutmaßlich ungeimpfter Mann nach Videoaufnahmen gestorben



Gegenstand von Kritik: Über das Städtische Klinikum Karlsruhe ist am Wochenende ein Shitstorm hereingebrochen, nachdem ein Video eines vermeintlich leidenden Patienten ins Internet gestellt wurde.
Foto: Jörg Donecker

Seine Angehörigen, ebenfalls ungeimpft, durften ihn nicht besuchen, so die Erzählung. Am Donnerstag habe das Klinikum die Angehörigen informiert, dass sie den Patienten wegen seines schlechten Zustands in ein künstliches Koma legen müssten. Am Freitagvormittag soll ein Familienmitglied ins Krankenhaus „geschlichen“ sein und das Video gemacht haben. Später an diesem Tag soll der Patient dann an seiner Lungenentzündung gestorben sein.

„Man hat ihn jämmerlich da liegen lassen“, fasst es Friedemann Mack zusammen. Er betreibt einen Corona-kritischen Telegram-Kanal und hat mutmaßlich Verbindungen zur Verschwörungsbewegung QAnon. Der ehemalige AfD-Landtagsabgeordnete und Querdenker-Arzt Heinrich Fiechter nennt es einen „Tötungsdelikt“. Und der ebenfalls als Corona-Leugner bekannt gewordene Mediziner Bodo Schiffmann

spricht davon, dass es sich nach Rechtsauffassung von Querdenken-Anwältin Beate Bahner um „Mord“ handle.

Je weiter sich das Video und die vermeintlichen Informationen dazu im Netz verbreiten, desto krasser werden die Schilderungen. „Zu Tode gefoltert im Klinikum Karlsruhe?“, lautet bald die Überschrift. Der Vorwurf wird laut, dass das deutsche Gesundheitssystem auf 2G setzen und nur noch Geimpfte oder Genesene behandeln würde. Auf der Facebook-Seite des Klinikums hagelt es am Sonntag hunderte Hasskommentare. In der Querdenker-Szene gibt es Aufrufe, Strafanzeige gegen das Klinikum zu stellen.

Am Sonntagabend dann reagiert das Städtische Klinikum mit einem Facebook-Post erstmals auf den Shitstorm: Man weise die Vorwürfe „ausdrücklich zurück“. Der Impfstatus habe für die konkrete Therapie- und Behandlungsentscheidung im Einzelfall grundsätzlich keinerlei

Relevanz. Man wolle den Sachverhalt weiter prüfen und bitte zum Schutz der Persönlichkeitsrechte des Patienten darum, das Video nicht weiter zu verbreiten.

Dieser Bitte kommen aber nicht alle nach – obwohl auch in den Telegram-Kanälen Karlsruher Querdenker bereits Zweifel an der Echtheit der Informationen aufkommen. Warum liegt der Mann nicht im Koma, wenn das Klinikum es doch angekündigt haben soll? Wieso hat er einen Katheterbeutel auf dem Bett liegen, wenn sich angeblich niemand um ihn gekümmert hat? Wieso passen seine Atemgeräusche nicht zu denen einer akuten Lungenentzündung? Sogar aus den Reihen der Corona-Skeptiker wird die Bitte geäußert, das Video zu löschen – was Bodo Schiffmann ablehnt: „Ein Verstorbener hat keine Persönlichkeitsrechte mehr.“

Aus einem Sieben-Sekunden-Clip, der mehr Fragen aufwirft als Vorwürfe, wird somit über Nacht eine Kampagne gegen

Corona-Maßnahmen und eine vermeintliche Impfpflicht. „Soweit sind wir gekommen, dass Menschen, die eine andere Meinung haben, getötet werden, weil man sie nicht behandelt“, sagt Schiffmann in einer Videonachricht an seine Anhänger. Er fordert Gefängnisstrafen für die Verantwortlichen und ein Aufstehen der Gesellschaft. „Dieser Mann darf nicht umsonst gestorben sein“, so Schiffmann.

Aber ist der Mensch wirklich gestorben, weil er nicht behandelt wurde – oder wollte er vielleicht gar keine medizinische Hilfe? Schon am Montag rudert Friedemann Mack, der die Geschichte zuvor ausführlich verbreitet hatte, ein wenig zurück. Er bittet um Vernunft und darum, das Klinikum nicht anzuschreiben. „Das Ganze ist in Prüfung, es muss jetzt erst einmal aufgearbeitet werden, was da stimmt und was nicht.“

Wie die Karlsruher Polizei auf BNN-Anfrage mitteilt, läuft derzeit ein Todesermittlungsverfahren. Die Staatsanwaltschaft werde eine Obduktion beantragen, die Kriminalpolizei untersuche den Vorfall. „Es sind mehrere Anzeigen aus der Ferne eingegangen“, so ein Polizeisprecher.

Das Städtische Klinikum selbst gibt schließlich erst am späten Montagmorgen eine Erklärung heraus. Die Behauptungen seien „unwahr und völlig aus dem konkreten Behandlungsgeschehen gerissen“. Das Klinikum betont seine umfassende Behandlungspflicht gegenüber allen Patientinnen und Patienten, die es in jedem Fall und unabhängig vom Impfstatus grundsätzlich uneingeschränkt wahrnehme. Zu berücksichtigen seien allerdings auch die Grenzen der ärztlichen Behandlungspflicht, wenn einwilligungsfähige Patienten Therapie- und Behandlungsmaßnahmen in Kenntnis der medizinischen Faktenlage oder aufgrund fehlender Krankheitseinsicht ausdrücklich ablehnen, so das Klinikum weiter.

Lehne ein Patient eine lebenserhaltende Maßnahme ab, so dürfe der Arzt sie nicht durchführen. „Selbst bei bestehender Lebensgefahr hat der Arzt den ausdrücklich erklärten entgegenstehenden Willen des Patienten zu respektieren.“ Behandlungen ohne Einwilligung des Patienten seien rechtlich nicht zulässig. Warum genau der Patient gestorben ist und was sich während seines Aufenthalts auf Station ereignete, thematisiert das Klinikum nicht.

Das Karlsruher Klinikum hat wegen der geäußerten Vorwürfe Strafanzeige erstattet und prüft weitere rechtliche Schritte. „Es sind entgegen jeglicher Faktenlage unwahre Tatsachen behauptet worden, die auch im mutmaßlichen wohlverstandenen Interesse des Verstorbenen als verleumderisch bezeichnet werden können“, heißt es in der Stellungnahme.

Was ist dran an der „Pandemie der Ungeimpften“?

Viele Experten machen klar: Wer geimpft ist, kann trotzdem zu einer negativen Entwicklung der Lage beitragen

Von David Hutzler
und Simone Humml

Berlin. Die Corona-Zahlen explodieren, die Intensivstationen laufen voll – und der Großteil der Menschen, die dort landen, ist ungeimpft. Politiker und Mediziner sprachen daher zuletzt öfter von einer „Pandemie der Ungeimpften“. 2G-Regeln wurden diskutiert oder in einigen Ländern eingeführt. Dabei sollen nur noch Geimpfte oder Genesene Zutritt zu Veranstaltungen oder Gastronomie bekommen. Doch trägt die Annahme überhaupt noch, dass ein Ausschluss Ungeimpfter aus einigen Bereichen ausreicht, um die Situation einzufangen?

In einem sind sich viele Wissenschaftler, Intensivmediziner und auch das Robert Koch-Institut (RKI) einig: Die Corona-Impfung schützt effektiv vor schweren Verläufen oder Tod. „Viele schwere Erkrankungen und Todesfälle hätten verhindert werden können, wenn die Zielgruppen früher und vollständiger geimpft worden wären“, sagt etwa der Braunschweiger Epidemiologe Gérard Krause. Auch der Infektiologe Mathias Pletz vom Uniklinikum Jena betont: „Das Hauptproblem sind nach wie vor die schwer erkrankten Ungeimpften, denn der Flaschenhals, das sind die Intensivstationen.“

Viele Experten machen aber auch klar: Wer geimpft ist, kann trotzdem zum Pandemiegeschehen beitragen. „Es ist in diesem Herbst und Winter trügerisch zu glauben, dass ein Geimpfter sich nicht infizieren kann und das Virus nicht an seine Großmutter weitergeben kann, die vielleicht noch keine Booster-Impfung bekommen hat“, sagt etwa der Bonner Virologe Hendrik Streeck. Auch wenn es am Anfang vielleicht so ausgesehen habe, aber der Begriff „Pandemie der Ungeimpften“ sei nie richtig gewesen. Alle Menschen seien Teil dieser Pandemie. Auch der Virologe Christian Drosten

sagte jüngst der „Zeit“, er finde es falsch, wenn derzeit von einer „Pandemie der Ungeimpften“ gesprochen wird. „Wir haben eine Pandemie, zu der alle beitragen – auch die Geimpften, wenn auch etwas weniger“, erklärte der Leiter der Virologie an der Berliner Charité. „Die Delta-Variante hat leider die Eigenschaft, sich trotz der Impfung zu verbreiten.“

Die Delta-Variante hat viele Annahmen über die Impfung über den Haufen geworfen. Im Frühjahr 2021 habe man gesehen, dass es durch die Impfung einen Schutz vor dem schweren Verlauf gab, erklärt Streeck. Und auch, dass es einen Schutz vor einer Infektion gab. Erst später seien dann weitere Daten hinzugekommen. „Daher wurde da nicht falsch kommuniziert, sondern das Wissen hat sich mit der Zeit einfach verändert.“ Drosten machte zudem klar, dass sich die Delta-Variante trotz Impfung verbreiten

könne. Der Verbreitungsschutz lasse bei der Delta-Variante schon zwei bis drei Monate nach der Impfung nach.

Zugleich ist der Anteil vollständig Geimpfter an den Corona-Fällen mit Symptomen in den letzten Wochen deutlich gestiegen, wie aus dem Wochenbericht des Robert Koch-Instituts (RKI) vom Donnerstag hervorgeht. Bei den Menschen ab 60 Jahren, also der Altersgruppe die relativ früh mit dem Impfen dran war, lag der Anteil in den vergangenen Wochen (11.10.-7.11.) sogar bei über 60 Prozent. Die Zahl kann aber leicht zu Missverständnissen führen, denn es gibt in dieser Altersgruppe überhaupt nur noch wenige Ungeimpfte. So sind laut RKI nur rund 13 Prozent der Menschen ab 60 nicht vollständig geimpft.

Dass Geimpfte zwar erkranken können, sie aber dennoch ein sehr viel niedrigeres Risiko haben, zeigt auch der Generalse-

ekretär der Deutschen Gesellschaft für Immunologie, Carsten Watzl, in einem Tweet in zwei Grafiken: Ungeimpfte Menschen ab 60 Jahren haben demnach eine drei- bis viermal so hohe Wahrscheinlichkeit für eine Covid-Infektion mit Symptomen wie Geimpfte in diesem Alter. Das Risiko für Ungeimpfte dieses Alters, in eine Klinik zu kommen, ist sogar siebenmal höher.

Sehr eindrücklich erklärt die Epidemiologin Berit Lange vom Braunschweiger Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung die zeitliche Entwicklung. Sie löste in der „Braunschweiger Zeitung“ das vermeintliche Paradox der steigenden Zahl von Impfdurchbrüchen angesichts einer steigenden Impfquote so auf: „Keine Impfdurchbrüche gibt es nur dort, wo niemand geimpft ist“, sagt sie. „Wenn umgekehrt 100 Prozent der Menschen geimpft wären, dann müssten

auch 100 Prozent der Corona-Fälle auf den Intensivstationen Impfdurchbrüche sein. Das Entscheidende ist: Es wären dann absolut viel weniger Fälle als jetzt.“

Angesichts der insgesamt steigenden Infektionszahlen mahnen Experten besonders für ältere Menschen rasche Auffrischungsimpfungen und das Schließen von Impflücken an, um die Vierte Welle zu brechen. Aber auch vollständige Geimpfte müssen sich wohl wieder auf mehr Regeln gefasst machen. Der geschäftsführende Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) plädierte beispielsweise dafür, etwa für Veranstaltungen ein 2G-Plus-Modell anzuwenden. Also nur Geimpften und Genesenen den Zutritt zu gewähren, wenn sie vorher einen Schnelltest gemacht haben.

Nach Ansicht einige Forscher reicht das aber eher nicht aus. Es brauche mindestens 2G mit Maske, sagt etwa der Infektiologe Pletz. „Das muss man nun wirklich versuchen in die Köpfe zu bringen: Dass 2G nicht heißt, dass man ohne Maske in großen Mengen in Innenräumen sitzt.“

Auch die Wiedereinführung von Kontaktbeschränkungen könnte aus Sicht von Experten dazu beitragen, die Welle zu brechen. „Wir werden nicht darum herumkommen, dass wir in gewisser Weise wieder Kontaktbeschränkungen haben werden und dass man Großveranstaltungen in dieser Form vielleicht nicht mehr durchführen kann – oder wenn, dann nur unter strengen Auflagen“, sagt etwa Streeck.

Drosten betonte: „Mangels Alternativen wird man wegen der Ungeimpften wieder in kontaktbeschränkende Maßnahmen gehen müssen.“ Ob das rechtlich haltbar ist, wisse er nicht. Übrig bleibe dann ein 2G-Modell, also ein Lockdown für Ungeimpfte. „Ob das noch im November die Inzidenz senkt – ich habe da meine Zweifel.“



Keine Gesundheitsgarantie: Die Corona-Impfung schützt effektiv vor schweren Verläufen oder Tod. Die Delta-Variante hat allerdings viele Annahmen über die Impfung über den Haufen geworfen.
Foto: Felix Kästle/dpa